

Der freie Schwarzwälder



Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Wertags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Bezugpreis monatlich 28 Bf. Durch die Post
im Reichsarbeitsvertrag 2,15 Bf. in Württemberg
2,42 Bf. vierteljährlich, klein bezahlgeld 30 Bf.

Anzeigen 12 Bf. von auswärt. 13 Bf. die Gar-
mondteile oder deren Raum
Reklame 25 Bf. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bf.
belohnung berechnet. Bei Offerten 20 Bf.

Nr. 46

Dienstag den 18. März 1919

36. Jahrgang.

Ausbau des Arbeitsnachweises.

In Deutschland zählt man gegenwärtig etwa eine Million Arbeitsloser. Darunter befinden sich sicher viele, die nicht arbeiten wollen. Aber viele wären auch durchaus arbeitswillig, wenn sie nur eine halbwegs entsprechende Arbeitsgelegenheit finden könnten. Ist es aber nicht merkwürdig, daß trotz des enormen Verlustes an Arbeitskräften durch den Krieg es an Arbeitsgelegenheit fehlen soll? 1.600.000 arbeitsfähige Männer sind gefallen, etwa 600.000 sind schwer kriegsbeschädigt, 800.000 befinden sich in Gefangenschaft und über 1 Million ausländischer Arbeiter, Italiener, Polen, Ruthenen usw., die früher eingestellt waren, kommen zurzeit in Wegfall. Freilich hat die starke Vertreibung von Frauen und Mädchen seit dem Kriege manche Lücke ersetzt, dafür sind aber auch die fremden Kriegsgefangenen zum größten Teil entlassen. Kurz man sollte meinen, daß die deutsche Volkswirtschaft trotz des Rohstoffmangels wenigstens den größten Teil der jetzt brachliegenden Kräfte aufnehmen instande wäre. Daß es nicht gelang, beweist, wie Dr. Baum in der „Frankf. Ztg.“ ausführt, daß in der Arbeitsvermittlung noch Mängel und Fehler bestehen.

Der Arbeitsnachweis soll den „Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Arbeitsmarkt durchzuführen“, er soll eine Arbeitsborse sein. Dann muß er aber auch reiflos Arbeitsplätze und Arbeitsuchende erfassen; und das kann er nur durch eine wohlausgebaute Organisation. Die eilige Demobilisierung traf den wesentlichen Faktor ihrer wirtschaftlichen und sozialen Regelung unsertig an; es gilt deshalb, mit allen Mitteln und Kräften nachzuholen: Durch Reichsgesetz muß der öffentliche Arbeits-

nachweis zu einem lückenlosen Netz ausgebaut und in seinen Grundzügen geregelt werden. Es ist das eine wirtschaftliche Rechtsaufgabe ebenso wie das Verkehrsweien. Die Durchführung ist wesentlich Sache der kommunalen Selbstverwaltung. In jeder Stadt von 5000 Einwohnern und mehr muß für sie selbst und ihre ländliche Umgebung ein gemeindliches Arbeitsamt errichtet werden, dessen Aufgaben Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Lehrstellennachweis, Erwerbslosenfürsorge und ähnliches sind. Ihm sind die Bürgermeisterämter der kleineren Orte als Meldestellen anzuschließen. Für größere Wirtschaftsgebiete, z. B. Regierungsbezirke, Kreise sind dem Arbeitsamt des gewerblichen Hauptortes die Aufgaben eines Hauptarbeitsamtes zum Ausgleich der durch die Arbeitsämter örtlich nicht möglichen Stellenbesetzungen bzw. Nachweise durch unmittelbares Eingreifen, Stellenlisten usw. zu übertragen. Geschlossene große Landesgebiete von mindestens zwei Millionen Einwohnern, Freistaaten oder Provinzen, werden zweckmäßig durch Landeszentralen zusammengefaßt, denen neben der Vermittlung von Arbeitskräften und offenen Stellen die dauernde Überwachung des Arbeitsmarktes obliegen sollte. Ihre Förderung finden sie von selbst im Reichsarbeitsamt, dem vor allem die Frage der Ausländerarbeit zu übertragen ist.

Neben dieser lückenlosen öffentlichen Arbeitsämter-Organisation dürfen gewerbmäßige wie andere gemeinnützige Stellungsvermittlungen nicht mehr bestehen. Reiflos müssen alle anderen Nachweise in den öffentlichen eingeschlossen werden! Durch Errichtung von Fachabteilungen ist dies unter Erhaltung ihrer beruflichen Bewahrung durchaus möglich. Dabei muß aber auch für fachliche Aufsicht, wenn tunlich, sogar laufende Mitwirkung, durch die aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern

zusammengesetzten Sachausschüsse gefordert werden. Ein Weiterbestehen der gewerbmäßigen Vermittler würde gerade bei der jetzigen Arbeitslosigkeit häufig zu schlimmer Ausbeutung der Kollage der Arbeitsuchenden, durch erschleierte Gebühren usw. führen. Das Fortbestehen der Arbeitsgebernachweise andererseits mit ihrem indirekten Denkartungsdruck für bestimmte Großindustrien ballt die Arbeitslosen in den wirtschaftlich zurzeit ohnehin überbelasteten Städten (Wohnungen, Ernährung) noch mehr zusammen. Ebenso ist auch den öffentlichen Arbeitsämtern gegenüber die Meldepflicht für offene Stellen gesetzlich durchzuführen, wie sie für fünf und mehr offene Stellen eines Arbeitgebers durch die Reichsverordnung vom 17. Februar ds. Js. angeordnet ist. Bei ausschließlicher Vermittlung durch den öffentlichen Arbeitsnachweis ist die reiflose Erfassung der Arbeitsuchenden neben der jogenannten Umschau an sich bereits gegeben.

Die Städte müssen Mittel für die räumliche Einrichtung und Verteilung, die Reklamehinweise, den ganzen inneren technischen Betrieb in viel stärkerem Maße als bisher bereitstellen. Vor allem kann nur ein ausgehendes, gut vorgebildetes Personal die Arbeit auch wirklich zufriedenstellend leisten. Das soziale Einfühlen in die Lage des Arbeitsuchenden, die Berücksichtigung seiner beruflichen Ausbildung, nicht nur, sondern auch seiner Familienverhältnisse, Wohnlage, bisherigen Lebensstellung ist für die Erreichung des sozialistischen Zieles des öffentlichen Arbeitsnachweises, die Knüpfung möglichst lang dauernder Arbeitsverhältnisse unbedingte Voraussetzung. Dafür müssen einem Arbeitsamt Erkundungskräfte zur Verfügung stehen und die Vermittlungsbeamten selbst müssen aus eigener Anschauung Betriebe und Werk-

Wildbader Brief Nr. 3.

Mit Beginn des zeitigen Frühjahres waren wir gewöhnt, an allen Ecken und Enden die sommerlichen Vorbereitungen zu sehen.

Hunderter von Händen rührten sich in rastlos emsiger Tätigkeit und voll Freude und Zuversicht sah man der kommenden Fremdenverkehrszeit entgegen.

Wieder hält der Frühling seinen Einzug. Da und dort sieht man hoffnungsvolle Menschen, die sich trotz trübster Aussichten nicht abhalten lassen, ihr Heim zu schmücken und für die Fremdenreisen vorbereiten.

Niemand kann heute voraussetzen, wie sich unsere Fremden-Industrie entwickelt, wenngleich in keiner Zeit der Vergangenheit die Notwendigkeit einer Erholungs- und Kräftigung unseres Volkes so dringend geworden ist, wie jetzt. Wir wissen, daß der größte Teil unserer Einwohner von dem Fremdenverkehr abhängig ist und deshalb verstehen wir die sorgenden Blicke vieler Wildbader.

Nicht uninteressant ist es, wenn wir die Eigenart unseres Ortes beleuchten, wir müssen dabei zu der Erkenntnis gelangen, daß wir in Wildbad ohne die Fremden-Industrie ebenso zusammenbrechen würden wie unser deutsches Vaterland.

Diese Tatsache sollte genügen, unsere ungeteilten Kräfte dem Wiederaufbau unserer Industrie zuzuwenden, damit auch diejenigen, die sich außerhalb eines direkten oder indirekten Gewinnes fühlen, einsehen lernen, was auch sie dieser Industrie zu verdanken haben.

Die Anforderungen der Kurfremden waren es, die unsere einsichtigen Behörden und Verwaltungen zu dauerndem Fortschritt unseres Ortes anspornten.

Die Erbauung eines Schwimmbades, eines Kurpavils, der Ausbau unserer Bäder, die dauernden Erweiterungen unserer einzig schönen Enzianlagen, die Erschließung des Sommerberges durch seine Bergbahn, das alles und vieles mehr zeigt uns, daß in der Zeit des Fortschritts auch Männer in Wildbad an der Spitze standen, um die uns gewiß viele Plätze beneiden durften.

Sprunghaft ging unsere Besuchsziffer von Jahr zu Jahr in die Höhe und manches Bad von Namen wurde im Lauf der letzten Friedensjahre von Wildbad überflügelt.

Denken wir weiter des unternehmenden Geistes einzelner Wildbader Bürger. Hier Berg- und Panoramahotel, dort Quellenhof und Löwen. Sind dies nicht Zeichen Wildbader Fähigkeit und Tüchtigkeit?

Noch viele Segnungen, die jeder von uns genießen kann, wurden uns durch das Kurleben zuteil.

Wie dieser Fortschritt im Besonderen, so schaut sich

auch die Wildbader Einwohnerschaft durch ihre Art im allgemeinen einen Namen, der weit über die Grenzen unseres Vaterlandes an Wohlklang nichts zu wünschen übrig lieh.

Wohin wir in unserem Ort sehen, überall leuchten trodene Wahrzeichen Wildbader Schöpfkraft nach dem belebenden Wasser unserer Fremdenindustrie.

Alles ist darauf eingestellt, jeder Stein, jeder Baum gibt uns dafür ein bereites Zeugnis.

Niemand kann sich dieser Wahrheit verschließen. Unbegreiflich ist es deshalb, wenn wir Äußerungen einzelner Leute hören, die dahin zielen, den Fremden den Aufenthalt zu versagen. Törichte Einfalt! Ist es nicht dasselbe, wenn diese Leute direkt sagen würden: Verhungert, ihr strebsamen Wildbader Bürger, überlastet den Wiederanstieg eurer Industrie durch den Konkurrenzschaden!

Leute die in Wildbad auf solchem Standpunkt stehen, sind sicher nicht berufen, an dem Wiederaufbau unseres Ortes zu arbeiten, sie sehen dem Wohl unserer Gemeinde bestenfalls fern, wie der Lügner der Wahrheit.

Denken wir weiter an die im Feld gestandenen Wildbader Helden. Der größte Teil ist Interessent unserer Industrie. Wie freuen sie sich, wieder ihrem Beruf nachgehen zu können und ihren Hausstand aufs neue zu gründen. Der Selbsterhaltungstrieb rührt sich in allen Schichten der Bevölkerung und so soll es sein.

Ohne Arbeit kein Brot, ohne Arbeit auch keine Freiheit. Nur der ist heutzutage berechtigt das Wort Freiheit und Brüderlichkeit in den Mund zu nehmen, der arbeitet. Wenn wir unsere Fremdenindustrie vergessern, so gebührt den Gasthöfen und Pensionen ein weiteres Kapitel. Sie sind es, die bei einem Umlauf den den Stein des Anfortschritts bilden. Warum, weil auch sie, wie alle anderen in dieser schweren Zeit, um ihre Existenz ringen, weil sie wie jeder andere für sich, für ihre Angehörigen — die sich größtenteils aus hiesigen Einwohnern rekrutieren — und für ihre Gäste sich des Schleichhandels bedienen.

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, so sagen auch sie als Entschuldigung zu ihrem Selbsterhaltungstrieb. Wir fragen uns, gibt es überhaupt auch nur einen einzigen Menschen, der gleich dem uninteressierten der Fremdenindustrie nicht unabhingemal mit dem Schleichhandels- und Hochpreisparagawend in Konflikt gerät. Wie der einzelne und höchst notwendig nicht zur Ausbeutung benötigen darf, so soll selbstverständlich die Hotelindustrie auch mit Maß und Ziel zu Werke gehen. Eine wichtige Frage ist es — und damit erfüllen wir eine Menschenpflicht — werden durch unseren Fremden-

verkehr diejenigen unserer Gemeinde geschädigt, welche an ihr keinen direkten Gewinn haben?

Diese Frage müssen wir glatt mit Nein beantworten.

Weiter, ist die Versorgung der Einwohner an einem andern Ort unseres Oberamts seitens des Kommunalverbands besser geworden?

Auch diese Frage müssen wir mit Nein beantworten. Der Kurfremde sah außer Brot und Fleisch nichts was der Kommunalverband für ihn übrig hatte.

Wenn wir uns diese Tatsachen vor Augen führen, die jährlichen Gewinne durch die Kurfremden gegenüberstellen, so dünkt es uns merkwürdig, hier heute noch Wildbader zu solchen vorbezeichneten Äußerungen kommen können. Wir wissen, daß heute hunderte von Millionen in der deutschen Hotelindustrie investiert sind, geduldig hat sie die vielen einschneidenden Bedingungen, Einschränkungen und Enteignungen ertragen. Jolliert von jeglicher Unterstützung der Kommunalverbände blieb ihr nichts anderes übrig, als Selbstversorger zu werden, oder den Ansehenhandel in Anspruch zu nehmen. Hätte es die Fremdenindustrie nicht getan, dann wäre auch sie zu Grunde gegangen. Der auswärtige Erzeuger aber hat trotzdem noch zu weit höheren Preisen seine Waren an Privatleute abgesetzt.

Noch mannigfaltige Beweise lassen sich anführen, die Zeit aber schreitet voran, sie verlangt für unsern Platz Laten. Schon rühren sich viele deutsche Bäder mit großzügiger Reklame, schon lesen wir selbst von Städten, daß da und dort der Fremden-Industrie weitgehende Erleichterungen in der Versorgungsmöglichkeit in Aussicht gestellt werden. Unter den uns nächstliegenden Badeplätzen veröffentlicht Baden-Baden, Mergerheim usw. in allen maßgebenden Zeitungen die Wiedereröffnung ihrer Kurbetriebe.

Warum, weil ihre Einwohner die Notwendigkeit anerkennen, weil gerade die Fremdenindustrie berufen ist, die zerstückten Fäden mit allen Menschen wieder anzuknüpfen, weil sie es ist, die abgebrochene Brücken schlägt, die uns den Warenaustausch bringt, unser Ansehen und unsere Balance hebt, weil sie es ist, die wir als ein maßgebendes Glied in der Kette des Fortschritts menschlicher Verdienstleistung bezeichnen müssen. Wir in Wildbad wollen zur Erreichung dieses Ziels unser bestes tun und uns die Worte parufen:

Wer zuerst sich wieder rafft,
Am frühesten das Große schafft.

Seien wir wie früher einig in Erfassung dieses Gewankens, wir helfen uns, unsern Wildbädern und dadurch auch unserm Vaterland!



nähten ihres Bezirks kennen. Dann erst können sie im Sinne sozialer Fürsorge individuell vermitteln, dann auch werden die Arbeitsämter das Vertrauen der Arbeitstuchenden und der Arbeitgeber erhalten.

Nach die richtige Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ist nur einem durchaus individuell arbeitenden Arbeitsamt möglich: durch sozialfürsorgliches Erfassen des Einzelfalles, Beurteilung durch Ausschüsse unter Mitwirkung von Vertretern der Erwerbslosen kann viel mehr erreicht werden als durch generelle Einzelvorschriften für das ganze Reich.

Die deutsche Handelsflotte.

Bei Kriegsausbruch verlor die deutsche Handelsflotte an segelnden Dampfern und Segelschiffen, ausschließlich der Fischerfahrzeuge, über rund 5 599 900 Brutto-Tonnen. Davon gingen durch Maßnahmen feindlicher Regierungen, durch Kaperei, Beschlagnahme, Versenkung usw., verloren

383 Dampfer mit	1 137 300 Brutto-Tonnen.
80 Segler mit	86 600 Br.-Reg.-T.
zus. 463 Schiffe mit 1 223 900 Br.-Reg.-T.	
In neutralen Häfen fanden Zuflucht:	
490 Dampfer mit	2 134 600 Br.-Reg.-T.
131 Segler mit	206 500 Br.-Reg.-T.
zus. 621 Schiffe mit 2 341 100 Br.-Reg.-T.	

Durch den späteren Eintritt einer Anzahl dieser neutralen Staaten in die Reihen unserer Gegner ging aber der größte Teil dieser Schiffe gleichfalls verloren. Als im deutschen Besitz befindlich konnten nur noch die in Spanien und seinen Kolonien, in Mexiko, Argentinien, Chile, Columbien und Niederländisch-Indien liegenden Schiffe gelten. Das sind

150 Dampfer mit	873 400 Br.-Reg.-T.
72 Segler mit	170 500 Br.-Reg.-T.
zus. 222 Schiffe mit 1 043 900 Br.-Reg.-T.	

Nach Abzug der in deutschen Dienst verlorenen Schiffe und unter Zurechnung der während des Kriegs fertiggestellten Neubauten liegen jetzt in deutschen Häfen: 723 Dampfer mit 1 988 700 Br.-Reg.-T. 136 Segler mit 52 600 Br.-Reg.-T. zus. 859 Schiffe mit 2 041 300 Br.-Reg.-T.

Unter den aufgeführten Schiffen kommt wohl die größte Zahl wegen ihres geringen Rauminhalts für die feindliche Beschlagnahme kaum in Betracht. Nach neueren Meldungen haben aber die Verbandsmächte bereits auch mit der - völkerrechtswidrigen - Verteilung der in neutralen Häfen ankernden deutschen Schiffe begonnen.

Neues vom Tage.

Scheidemann gegen Ludendorff.

Berlin, 17. März. Ministerpräsident Scheidemann überliefert dem „Vorwärts“ folgende Erklärung: An die Presse erlaube ich, daß der General Ludendorff am 3. März wieder einen Brief an mich gerichtet haben will. Er scheint also die Handhabung der Pressepropaganda immer noch wie einst im Kriege zu verstehen. Eine nochmalige Antwort meinerseits erübrigt sich, nachdem ich dem Herrn General bereits am 5. März mitgeteilt habe, daß die Regierung demnächst eine Sammlung von Dokumenten herausgibt, durch die die Haltung des Herrn Ludendorff vollkommen klargestellt werden wird.

Die Antwort Bethmanns.

Berlin, 17. März. Auf den Artikel „Kaiser und Reichslanzler“ des Prof. Scheidemann in der „Tägl. Rundschau“ teilt der frühere Reichslanzler von Bethmann Hollweg dem WTB mit, dem Kaiser seien keinerlei für die Kenntnis der internationalen Lage wesentlichen Entscheidungen oder Tatsachen von ihm (Bethmann) oder dem Auswärtigen Amt vorenthalten worden. Der Kaiser sei in keinem Zeitpunkt über die Gefahren der gegenwärtigen Vereinigung (Koalition) im Zweifel gelassen worden. Dabei sei keine Schönfärberei getrieben worden. Wenn Scheidemann es als unverantwortlich bezeichne, daß dem Reichslanzler angesichts der politischen Hochspannung im Juli 1914 die Nordlandsreise des Kaisers zugelassen habe, so sei daran zu erinnern, daß etwa um die gleiche Zeit auch Präsident Poincaré sich auf See befand. Wie eine Vorlegung der Geheimberichte England gegenüber in den Jahren 1911 und 1912 den Weltkrieg hätte verhindern können, sei nicht zu ersehen.

Berlin, 17. März. Wie eine sozialistische Korrespondenz aus Zentrumskreisen erzählt, wird das Zentrum sich wahrscheinlich an der Kabinettsbildung Preußens nicht beteiligen, da mit der preussischen Regierung keine Einigung über Kultusfragen erfolgen konnte.

Die Reichseisenbahnen.

Berlin, 17. März. Wegen Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich haben bereits Verhandlungen mit Preußen und Württemberg stattgefunden.

Sozialisierung des Verkehrswesens.

Berlin, 17. März. Der „Vorwärts“ tritt für die Sozialisierung des Verkehrswesens in Berlin ein. Zur Beförderung von Personen in Groß-Berlin bestehen derzeit 32 verschiedene Betriebsunternehmen.

Einheitschule.

Berlin, 17. März. In Leipzig wurde die Einführung der Einheitschule beschlossen.

Bergarbeiterbewegung an der Ruhr.

Bogum, 17. März. In einer vom Alten Bergarbeiterverband einberufenen Konferenz wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der verlangt, daß am 1. April ds. J. die siebenstündige Arbeitszeit, ab 1. Januar 1920 die sechsstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt zur Einführung gelangen soll. Erfolgt die Schichtverkürzung nicht zum 1. April, dann wollen die

Bergleute streiken. An die Reichsregierung wurde ein Telegramm geschickt, in dem von der Regierung u. a. bis zur gesetzlichen Regelung der Steiger-, Revier-, Betriebs- und Bezirksräte allseitige Anerkennung dieser Räte gefordert wird.

Arbeiterratswahlen in Magdeburg.

Magdeburg, 17. März. Bei den Arbeiterratswahlen erhielten die Mehrheitssozialisten 18 823 Stimmen und 135 Mandate, die Unabhängigen 3518 Stimmen und 26 Mandate, die Kommunisten 1487 Stimmen und 12 Mandate, vier bürgerliche Listen zusammen 11 081 Stimmen und 77 Mandate.

Die Spartaisten.

Berlin, 17. März. Reichsminister Noske hat den Befehl, daß jeder unbefugt Waffen Tragende erwischt werden soll, aufgehoben, unter der Voraussetzung, daß Ruhe und Sicherheit nicht mehr gefährdet werden. Die Zahl der Opfer in Berlin soll 2200 betragen, darunter 1200 Tote.

Nach mehrmonatiger Pause wurde heute morgen der Stadtbahnverkehr zwischen Charlottenburg und dem südlichen Bahnhof wieder in Betrieb gesetzt.

Karlsruhe, 17. März. Wie verlautet, soll die Vollsabstimmung über die neue badiische Verfassung am 30. März vorgenommen werden.

Karlsruhe, 17. März. Die französischen Besatzungsbehörden in Baden besahen, daß die Stadt Rehl täglich 1000 Liter Milch nach Stralburg zu liefern habe.

Der Krieg im Osten.

Posen, 17. März. Der Provinziallandtag von Posen wurde vom polnischen Volksrat aufgelöst.

Gegen die Auslieferung des Kaisers.

Haag, 16. März. In der Ersten Kammer erklärte Professor Debband, er protestiere gegen das Eingehen der Regierung auf ein Gesuch um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers, gleichgültig wie diese Absicht begründet werden sollte. Der Justizminister antwortete, daß allein das Gesetz bei der Beurteilung eines derartigen Gesuchs entscheidend sein werde.

Der Nord-Ostsee-Kanal.

Bern, 16. März. Wie „Tamps“ wissen will, erwägen die zuständigen Ausschüsse der Friedenskonferenz eine Lösung für die Nordostsee-Kanal-Frage, wonach der Kanalbetrieb einer internationalen Aktiengesellschaft übertragen werden soll, die sich aus den Regierungen zusammensetzt, deren Handelsschiffahrt den Kanal benutzt, dem aber späterhin, nach Festlegung der neuen europäischen Ordnung, auch Deutschland angehören kann. Der Wert des Kanals, ausschließlich eines Landstreifens auf beiden Ufern, soll von der Entschädigung, die Deutschland zu zahlen hat, in Abzug gebracht werden.

Die Nordischeswiger freigelassen.

Kopenhagen, 17. März. Gestern trafen hier aus englischer Kriegsgefangenenlagern 20 Nordischeswiger d. h. wohl dänischer Abstammung ein, denen ein begehrteter Empfang bereitet wurde. Ihnen zu Ehren sind verschiedene Festlichkeiten geplant. Am kommenden Mittwoch werden weitere 170 Mann antommen.

Die deutschen Patente in Belgien aufgehoben.

Bern, 16. März. Wie „Tamps“ aus Brüssel meldet, hat die belgische Regierung beschlossen, alle deutschen Patente in Belgien für nichtig zu erklären.

Auslieferung des ungarischen Schiffsmaterials.

Budapest, 17. März. Der Generalstabschef des englischen Admirals Troubridge hat der ungarischen Donaufahrtsgesellschaft und Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft befohlen, ihr ganzes Schiffsmaterial dem tschechoslowakischen Staat zu übergeben. Die ungarische Regierung wird dagegen Protest erheben.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 17. März. Die für Samstag vorgehabene Besprechung der neuen Waffenstillstandsbedingungen für Brüssel müsse verschoben werden, da Wilson die in seiner Abwesenheit festgestellten Bedingungen, sowie alle gefassten Beschlüsse zuvor genau nachprüfen will. Wilson wohnte dem auch der Beratung nicht bei.

Wie verlautet, sollen die amerikanischen Vertreter im Jchnerrat der fünf Großmächte gegen die Verteilung von Danzig an Polen Einspruch erhoben haben. — Die Auslieferung der deutschen Handelschiffe soll innerhalb 30 Tagen beendet sein; für die großen Reisedampfer ist eine Frist von drei Tagen festgesetzt. Nenn Reisedampfer, darunter der Hamburger „Imperator“, fallen an Amerika und erhalten amerikanische Besatzung, da sie zunächst zur Rückbeförderung der amerikanischen Truppen verwendet werden. Die Handelsdampfer behalten vorläufig ihre deutsche Besatzung.

Der „Tamps“ meldet: Die Verhandlungskommission hat die Frage der deutschen Kolonien aus dem Vorfriedensvertrag ausgeschlossen. Der ganze Bereich der Kolonialansprüche ist dem endgültigen Friedensvertrag vorbehalten.

Paris, 17. März. (Havas.) Amerika bestimmte Antwerpen als Ausgangspunkt für die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland.

Stockholm, 17. März. Die schwedische Regierung beschloß, die Einladung zu privaten (nicht amtlichen) Verhandlungen über den Pariser Völkervertrag anzunehmen.

Pichon über die Lage.

Paris, 17. März. (Havas.) Bei einem Empfang von Journalisten sagte Minister Pichon u. a.: Die deutschen Schiffe sollen zunächst einem Ausschuß der Verbündeten zur Verfügung gestellt werden. Ihr Schicksal wird von der Friedenskonferenz selbst geregelt werden. Seiner Ansicht nach solle der Völkervertrag nicht durch den Vorfrieden festgelegt werden. Der Vorfrieden bilde die Grundlage des Friedensvertrags, er bedecke aber nicht die Wiederaufnahme der diplomati-

ischen Beziehungen. Nach dem Vorfrieden könne Deutschland seine Beziehungen zum Ausland wieder aufnehmen. Die Abreise polnischer Truppen von Danzig sei beschlossen. Französische Offiziere seien beauftragt, nach Polen zur Verstärkung des Heeres zu gehen. Die französische Regierung habe niemals die Sowjetregierung anerkannt.

Paris, 17. März. „Homme libre“ meldet, die Alliierten haben am 13. März die Anerkennung der jetzigen deutschen Regierung beschlossen.

Der Friede der 14 Punkte.

Kopenhagen, 17. März. „Etrabladet“ meldet aus Stockholm: In hiesigen unterrichteten deutschen Kreisen verläutet mit Bestimmtheit, daß Deutschland es ablehnen werde, einen Frieden zu unterzeichnen, der nicht in Uebereinstimmung mit Wilsons 14 Punkten steht. Man soll sich über die Folgen einer solchen Ablehnung vollkommen klar sein und wird unter keinen Umständen einen Frieden annehmen, der den Keim zu neuen Streitigkeiten in sich trägt.

Italien und Serbien.

Paris, 17. März. (Reuter.) Da das Beglaubigungsschreiben des neuen italienischen Botschafters in Belgrad an den König von Serbien gerichtet war, weigerte sich die serbische Regierung, es anzunehmen. Sie forderte, daß es an den König von Serbien, Kroatien und Slavonien gerichtet werde. Italien, das den neuen Staat nicht anerkennt, weigerte sich, das Beglaubigungsschreiben abzuändern. Der Botschafter war deshalb gezwungen, wieder abzureisen.

London, 17. März. Reuter meldet aus Kairo: Am 10. und 11. März veranstalteten große Versammlungen vor der britischen Residenz und den Kaiserlichen Ausgebungen für die Unabhängigkeit Ägyptens. 400 Personen wurden verhaftet. Militär stellte die Ordnung wieder her. Die Verluste waren gering.

Englische Heereskräfte.

London, 17. März. Nach einer Statistik des englischen Kriegsamtens waren die alliierten Armeen am 11. November 1918 (also am Tage des Waffenstillstands) 17 800 000 Mann stark, während die Stärke der Verbündeten 7 600 000 Mann, also nicht einmal die Hälfte, betrug. In der Zahl der alliierten Streitkräfte sind aber das belgische, serbische und rumänische Heer, sowie die große Zahl asiatischer und dänischer Armierungstruppen, nicht enthalten, sodaß die oben erwähnte Zahl auf über 19 Millionen sich steigern dürfte.

Tagung des Roten Kreuzes.

Neuyork, 17. März. Der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Konstantinopel, Maxguthart, wird gemeinsam mit Davidson eine Zusammenkunft der internationalen Rotes Kreuzes vorbereiten, die in Gen 30 Tage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags tagen soll.

Gegen den Völkerverbund.

Washington, 17. März. Gegen den Völkerverbund haben eine Reihe von Senatoren eine Vereinigung gebildet.

Au der preuß. Landesversammlung.

Berlin, 17. März. In der heutigen Sitzung der preuss. Landesversammlung erklärte Kriegsminister Mollathard: Der Kampf gegen den Bolschewismus ist unbedingt notwendig. Wir müssen erwarten, daß den Männern, die im Kampfe gegen das plündernde Gerindel ihr Leben eingesetzt haben, einstimmig gedauert wird. Ich lege Protest ein gegen die Art, mit der der Abg. Hoffmann den Kaiser kritisiert hat, der sich nur aus vaterländischen Empfinden nach Holland zurückgezogen hat. Sie malen so gerne die Gefahr der Gegenrevolution an die Wand. Welchen Anlaß haben Sie dazu? In diesem Kampfe haben Sie gesehen, mit welcher Hingabe und Treue sich die Führer und Truppen dem sozialdemokratischen, nichtmilitärischen Oberbefehlshaber untergeordnet haben. (Beifall.)

Ausgabe der chinesisch. Sternkunde-Instrumente.

Berlin, 17. März. Die deutsche Regierung hat beschlossen, die im Jahre 1901 von Peking nach Deutschland übergeführte astronomischen Instrumente an China zurückzugeben. Die Verschiffung der Instrumente nach China ist in die Wege geleitet. (Die Instrumente wurden nach Beendigung des Völkervertrags unter Feldmarschall Waldersee nach Berlin gebracht und sind von hohem geschichtlichen Wert; teilweise waren sie schon dem venezianischen Reisenden Marco Polo, 1254 bis 1262, bekannt oder sollen nach seinen Angaben gebaut worden sein. Die Chinesen haben den Verlust dieser weltberühmten Zeugnisse chinesischer Frühkultur nie verkennbar können. (Schr.)

Lebensmittel unterwegs.

Berlin, 17. März. Von den 270 000 Tonnen Lebensmittel, die nach den Brüsseler Vereinbarungen von der Entente sofort an Deutschland geliefert werden, sind 20 000 Tonnen bereits in Rotterdam angekauft und teilweise im Anrollen. Bevollmächtigte der Reichsfleisch- und Reichsfettstelle haben in Rotterdam die Ladungen übernommen. Es handelt sich um 10 000 T. reines Schweinefleisch und etwa 20 000 T. Speck. Weitere 40 000 T. Lebensmittel, darunter Schweinefleisch und Milch werden in den nächsten Tagen ebenfalls angekauft werden.

Zusammentritt des bayer. Landtags.

München, 17. März. Der bayerische Landtag trat heute morgen wieder im Landtagsgebäude zusammen. Es waren außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Sitzung wurde eröffnet durch den stellv. Alterspräsidenten Kochbrunner (Wayer. V. P.). Zum Präsidenten wurde Herr Abg. Franz Schmidt (Soz.) gewählt. Darauf wurde nach kurzer Beratung das Statutenrecht in 1. und 2. Lesung angenommen und der Abg. Hoffmann (Soz.) mit der Wahrnehmung des Postens des Ministerpräsidenten be-

Baden.

(-) Karlsruhe, 16. März. Nach einer Mitteilung des Badischen Frauenvereins hat das dem Verein gehörende Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus mit Mutterhaus und Altenheim für die Schwestern, Wöchnerinnenheim, Frauenklinik und Augenklinik infolge fortwährenden Anstiegens der Betriebsausgaben steigende Zuschüsse erfordert, die bisher von der Großherzogin Luise gedeckt wurden. Im Jahre 1917 hat sich ein Fehlbetrag von 73 000 M., 1918 ein solcher von 156 000 M. ergeben und 1919 ist mit einem Abmangel von 200 000 M. zu rechnen. Die Leitung des Frauenvereins hat sich daher an den Staat wegen eines Zuschusses gewandt, der auch in Höhe von 70 000 M. bewilligt wurde. Der Verein erbat auch von der Stadtverwaltung eine Zuwendung zu den Betriebskosten des Krankenhauses. Es sind daraufhin Verhandlungen mit dem Badischen Frauenverein wegen Angliederung des Ludwig-Wilhelm-Krankenhauses an das städtische Krankenhaus eingeleitet worden. Der Stadtrat hat vorläufig einen Zuschuß von 60 000 M. in den Gemeindevoranschlag eingestellt.

(-) Mannheim, 17. März. Die Gesamtausgaben der städtischen Kassen betragen nach dem städtischen Voranschlag für 1919 61 241 598 M., gegen 22 858 223 M. im Jahre 1914 und 43 326 331 M. im Jahre 1918. Für die Erwerbslosenfürsorge sind 5 Millionen M. notwendig, für Tenezzulagen und für Ausgaben, die entstehen durch Einführung des achtstündigen Arbeitstages, 3 Millionen M. Das Vermögens- und Betriebsvermögen soll gegenüber der Gesamtlage für 1918 um etwa 11 Prozent, das Kapitalvermögen um 56 Prozent, das Einkommen um 66 Prozent gesteigert werden.

(-) Schwetzingen, 17. März. Nach der „Schwey.“ sind infolge des günstigen Wetters der letzten Tage die Aussichten für den Spargel gut. Wenn die Witterung nicht wieder kälter wird, darf man hoffen, daß in vier bis fünf Wochen die ersten Spargel auf den Markt kommen. In einer Besprechung des Bürgermeisters Reinhardt mit zwei Vertretern des Ministeriums sicherten diese zu, daß der Schlossgarten in seiner jetzigen Form erhalten und der Pflanzplan nach wie vor zugänglich bleiben wird. Das Theater, das sich im Schloß befindet, soll wieder hergerichtet werden.

(-) Pforzheim, 17. März. Drei Begleitmannschaften eines Transports von 10 000 Paar Schnürschuhen, der von Ludwigsburg nach Pforzheim gebracht wurde, wurden auf dem hiesigen Bahnhof festgenommen. Sie hatten den Transport unterwegs beraubt.

(-) Freiburg, 17. März. Wie der „Bad. Beobachter“ berichtet, erlöchten beim Bürgermeister in Wyhlen ein Mitglied des Arbeiterrats und erklärte, es sei beschlossen worden, daß die 72 Teilnehmerinnen, die an den geistlichen Frauenkonzerten im Erzerzitenhaus Himmelspforte sich beteiligten, dieses sofort zu verlassen haben und die Konzerte einzustellen seien. Wenn die Abreise nicht freiwillig geschehe, werde das Haus geräumt. Darauf verließen die Frauen Wyhlen. Als Grund wurde angegeben, Wyhlen leide unter den Konzerten in der Lebensmittelversorgung. Die Frauen hätten aber Brot- und Fleischmarken und Lebensmittel mitgebracht.

(-) Freiburg, 17. März. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, in welcher eine Verschärfung der Luftbarkeitssteuern verlangt wird. Vor allem soll die Kinossteuer erhöht werden.

(-) Nadelzell, 17. März. Eine sehr stark befürchtete Generalversammlung der Getreideabgabegemeinschaft Wodensee nahm eine Entschließung an, in der sie es angeht, der derzeitigen Lage für die Pflicht des Bauernstands erklärt, hinter die Badische Regierung zu treten und ihr durch die Bildung von Freiwilligen-Bataillonen die nötige Macht zu verschaffen, um Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten.

Kirche und Volkstkirche.

Im „Mannheimer Tageblatt“ schreibt Adolf Geigenbach über die Notwendigkeit einer Volkstkirche gerade in unserer Zeit u. a. folgendes:

„Es ist mir unbegreiflich, daß viele Arbeiter und Sozialdemokraten Kirche und Religion nicht anerkennen wollen. Als ob diese durch solches Ableugnen verschunden könnten. Wahrheiten lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Mit dem Ergreifen von Wahrheit verbinden wir uns und dadurch unsere Einsicht mit etwas, das ganz gewiß auch ohne uns besteht; aber wir ziehen unendlich viele Vorteile, wenn wir es ernstlich suchen, erkennen und dadurch unser Leben weiterbauen, erweitern, entfalten. Es muß dieses Leben aber dann ebenso sozial und demokratisch aufgebaut werden, wie unser politisches Leben. Da mag nun zugegeben werden, daß die Kirche manche, sogar grobe Fehler bisher gemacht hat, durch welche die Arbeiterklasse zum Teil ihr entfremdet worden ist; aber auch die Kirche steht gerade jetzt in einer großen Revolution und wird nun einen merkwürdigen, gewaltigen Schritt vorwärts tun, wenn sie ihre Mission als Volkstkirche begreift. Die ihre fern sehen, tun besser daran, wieder unbefangene Haltung zu ihr zu suchen und dann ihren Einfluß zur Beförderung an maßgebender Stelle energisch geltend zu machen. Sie werden bald finden, daß hier große Werte sind, die sie eben sonst nirgendwo finden können. Es soll aber keineswegs heißen, daß diese Anregungen nur den arbeitenden Klassen gelten. Bei den Begüterten und Gebildeten, das heißt den durch die Verhältnisse leichter zur Bildung Veranlagten, herrscht in zahllosen Fällen gleichfalls eine fast unverstandliche Gleichgültigkeit in kirchlichen Angelegenheiten, selbst dieser schweren Zeit der Prüfung und der empfindlichen U...“

„Was von den politischen Parteien gelte, so sagt der Verfasser u. a. weiter, gelte auch da: „Wir müssen hinein in die Parteien, dürfen aber nicht gleich Parteibrillen aufsetzen und müssen gegenläufige Meinungen achten lernen, sie ergründen. Jede Partei hat ihr Butes, Gegensätze können geklärt werden, und wir dürfen nicht über der Partei die Hauptursache: die Religion, ver-

lassen... Jeder Deutsche hat ein Recht auf die Volkskirche, sie muß ihm zu der Lösung des schwierigen Problems seiner selbst verhelfen... Er muß möglichst selbst mitwirken, Empfangenes weitergeben, die amtlichen T...ne allein können es nicht. So erst wird das Volksganze fruchtbar gemacht, und man kann nicht oft genug und laut genug verkünden, daß alle zum Segen aller gerade jetzt mithelfen sollen.“

Der „Antrag Eisenwein“

zu § 15 des Verfassungsentswurfs hat, wie es scheint, Staub aufgewirbelt und mancherlei Erregung verursacht. Einerseits sehen viele Lehrer darin die Gefahr einer Behaltung der bisherigen kirchlichen Aufsicht über ihren Religionsunterricht; auf der anderen Seite sagt man, die Rechte der Kirchen seien in dem Antrag nicht genügend gewahrt. Es ist offenbar sehr schwer, in diesem heißen Punkt sich in kurzem Wortlaut, wie ihn eine Verfassung fordert, so zu fassen, daß jedes Mißverständnis ausgeschlossen ist. Das umso mehr, als Mißtrauen herüber und hinüber mitspricht, was zwar bedauerlich, aber vorerst, wie es scheint, nicht aus der Welt zu schaffen ist. Wie liegt nun die Sache? § 15 lautet nach den Beschlüssen des Ausschusses in erster Lesung so: „Der Schulwesen untersteht nur der Aufsicht des Staates. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. Bei der Gestaltung des Religionsunterrichts steht der Kirche das Recht der Mitwirkung zu.“

Der ganze Zusammenhang und der Wortlaut zeigt deutlich: die bisherige (Art. 69 des Volksschulgesetzes) kirchliche Aufsicht über den Religionsunterricht des Lehrers ist ausgeschlossen durch das Wort „nur“; sie kann daher im zweiten Satz nicht wieder eingeführt werden. „Gestaltung“ ist etwas ganz anderes; es handelt sich dabei um Auswahl des Stoffs, Anordnung des Lehrplans, Abgrenzung der Gebiete zwischen Lehrer und Pfarrer und dergl. Wir verlangen doch, daß die Pfarrer einen weit größeren Teil des Religionsunterrichts als bisher übernehmen; schon damit ist das Recht der Kirche auf „Mitwirkung“ gegeben. Schulrat Weiß, der Redner der D.D.P. in der Nationalversammlung, hat gesagt: „Wir alle, Pädagogen und Theologen, weltliche und geistliche Behörden, müssen daran arbeiten, eine durchgreifende innere Reform des Religionsunterrichts herbeizuführen“ — also auch hier „Mitwirkung“ bei der „Gestaltung“ des Religionsunterrichts!

Inhaltlich ist der „Antrag Eisenwein“ vom Standpunkt unseres Programms aus unanfechtbar. Fraglich bleibt, ob er in die Verfassung hineingehört. Für die Aufnahme sprechen ernsthafte Gründe, vor allem der ganze Zusammenhang der §§ 12—15, die von der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche handeln; dazu gehört auch die Frage des Religionsunterrichts. Gegen die Aufnahme in die Verfassung, das gebe ich ohne weiteres zu, lassen sich auch gewichtige Bedenken geltend machen, u. a. der nun durch die Erfahrung erwiesene Umstand, daß es sehr schwer, vielleicht unmöglich ist, in dieser Frage einen kurzen, eindeutigen Wortlaut so festzulegen, daß Mißverständnisse ganz ausgeschlossen sind. Albert Eisenwein.

D.P.C. aus Baden. Am Sonntag, den 30. März, findet im großen Saale der städtischen Festhalle in Karlsruhe die 1. Landesversammlung der Deutschen demokratischen Partei Badens statt. Die vorläufige Tagesordnung enthält folgende Gegenstände: 1. Parteibericht, erstattet von dem Vorsitzenden des Volkswahlkommissars, Abg. Hummel. 2. Fraktionsbericht, erstattet von dem Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Fraktion der badischen Nationalversammlung, Abg. König. 3. Sachfragen der Parteimitglieder. 4. Wahl der Parteifunktionen. 5. Anträge und Wünsche.

D.P.C. Nach der Abschaffung des preussischen Klassenwahlrechts. Die durch die Wahlen vom 26. Januar bewirkte Umgestaltung der preussischen Volksvertretung ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Das preussische Abgeordnetenhaus hatte auf Grund der Landtagswahlen vom Sommer 1913 folgende Zusammensetzung:	
Deutschnationalvereine	148 Abgeordnete
Frelkonfessionelle	53 „
Nationalliberale	74 „
Zentrum	103 „
Fortschrittliche Volkspartei	30 „
Polen	12 „
Mehrheitssozialdemokraten	5 „
Unabhängige Sozialdemokraten	4 „
Wilde	5 „
	443 Abgeordnete

Die preussische Landesversammlung aber hat durch die Wahlen vom 26. Januar 1919 folgende Zusammensetzung erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	50 Mitglieder
Deutsche Volkspartei	21 „
Zentrum	88 „
Deutsche demokratische Partei	65 „
Sozialdemokratische Partei	145 „
Unabhängige Sozialdemokraten	24 „
Deutschnationale	7 „
Schleswig-Holstein. Landespartei	1 „
	401 Mitglieder

Lokales.

Postverkehr mit dem Hanauerlarve. Von jetzt ab ist wieder ein beschränkter Postverkehr zwischen dem unbefestigten Deutschland und dem Bräuntingsgebiet recht gestattet. Briefpostsendungen sind in gleichen Umfang und unter den gleichen Bedingungen wie nach Elsfj-Bohringen zugelassen.

Unterhaltungsabend. Am Samstag und Sonntag, abend veranstalteten die Eisenbahnbeamten r O'mannschaft Wilddob einen wohlgelungenen Unterhaltungsabend, der zugleich ein Begrüßungsabend für die demgekehrte Krieger sein sollte. Ein schneiderger Männerchor war dabei; dann begrüßte Herr Holschweide die zahlreiche Versammlung, insbesondere gedachte er mit dankenden und ehrenden Worten der kerkochten Berufsleute. Hr. Johanna Hammer trug ein dem Andenken der Gefallenen gewidmetes Gedicht vor. Dann wurde eine geschmackvolle Theaterstücke, flott und stark gespielt mit Hedern, eungen von dem Quartett Hr. Kappelmann, Frau Schill, Herrn Erfried

und Nometich. Von den Theaterstücken gefielen wohl am besten „die rote Fahne auf dem Rathaus in Friedlingen.“ ein humoristisches Stück aus der Zeit der Revolution im Nov. 1918 und „s Nadelstreichers Wildfang.“ ein Stück voll urwüchsigem Humor. In den Theaterstücken hat sich Herr Köpfer als Künstler gezeigt; aber auch die anderen Mitspielenden (Hr. Johanna Hammer, Sieb, Oder und die Herren Gott, Kothaus, Bl. breit und Börner) gaben ihr Bestes. Es waren zwei schöne Abende, von denen gewiß jedermann mit dem Bewußtsein nach Hause ging, einige heitere, genussreiche Stunden erlebt zu haben.

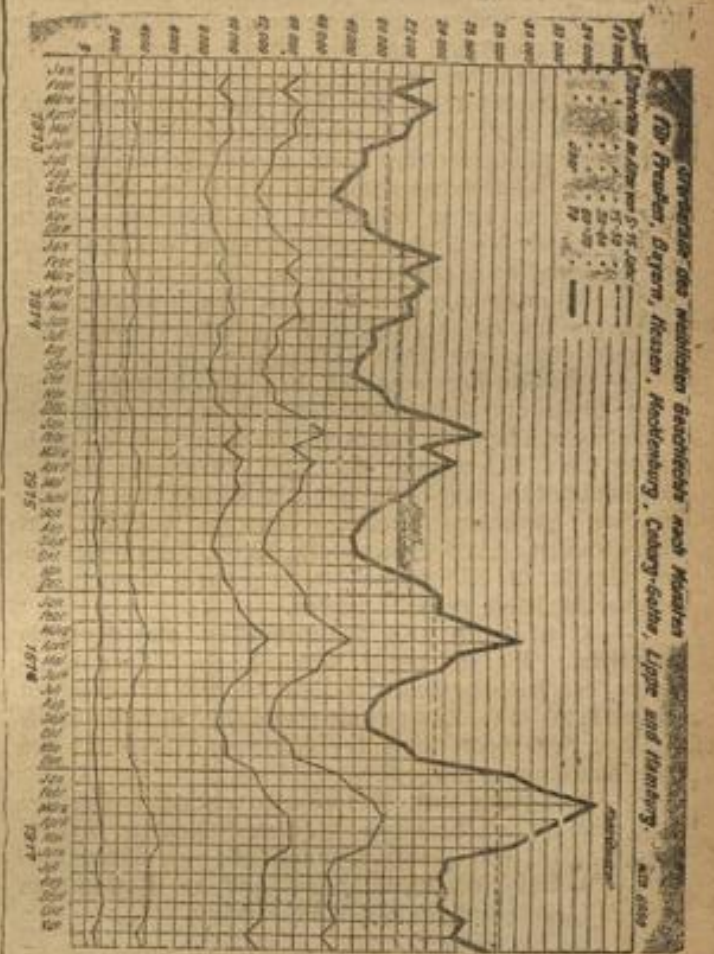
Gestorben. Der, unter dem Namen hier allgemein bekannte Tyroler Mayer, Hans Mayer aus Hügel Illertal Tyrol, ist vorige Woche in seinem Heimatort gestorben. Herr Mayer war seit ca. 30 Jahren während des Sommers in den Kolonaden anwesend. Während des Krieges leistete er seinem Vaterland trotz seines hohen Alters als Standische in den Tyroler Alpen seinen Dienst. Der Schützenverein Wilddob sandte den guten Schützen öfters als Vertreter zu den auswärtigen Schützenfesten.

Ehre seinem Andenken.

Bei der gesterigen Versteigerung des Gasthauses zum Rotfeller wurde von Herrn Paul Kähler, (Bräutigam der Hr. Mathilde Krauß hier) 60 000 Mark geboten. Der Zuschlag liegt dem Gemeinderat ob.

Sterbefälle des weiblichen Geschlechts nach Monaten

für Preußen, Bayern, Hessen, Mecklenburg, Coburg-Gotha, Lippe und Hamburg.



Die Karte veranschaulicht die Sterblichkeit der weiblichen Bevölkerung aller Lebensalter, mit Ausnahme der Kinder bis zu fünf Jahren, in den fünf Jahren 1913 bis 1917. Das erstellte Gebiet umschließt die Staaten Preußen, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Koburg-Gotha, Schaumburg-Lippe, Lippe und Hamburg. Die Karte spricht eine so deutliche Sprache, daß sie nur weniger Erläuterungen bedarf. Der Einfluß des Krieges zeigt sich schon im ersten Kriegsjahr, steigt im zweiten stärker an, um im dritten eine abermalige Steigerung, im vierten aber ein plötzliches Sinken auf die Dreifache und darüber zu erleben. Die erhöhte Sterblichkeit zeigt sich in allen Lebensaltern, am ausgesprochensten jedoch in den beiden Oberstufen, die die Greisinnen von 60 bis 70 und über 70 Jahren umfassen. Greifbar deutlich hebt sich aus diesem Jahre 1917 die Kohortenkurve vom Februar bis zum April ab, die den Monatsdurchschnitt der Sterbefälle von 20 000 im September 1916 auf 35 500 im Februar 1917 anzuheben läßt, also um über 77 000 Stücken! Zu bedauern ist, daß in der zeitlichen Darstellung weder das Sänglings- und frühe Kindesalter noch das Jahr 1918 enthalten ist. Die Ergebnisse dieser beiden Reihen würden den Einblick in die weitere Lage noch um vieles deutlicher gemacht haben.

Vermischtes.

D.C.K. Wie stimmten die Frauen? In Ratibor hat man bei den Wahlen zur Nationalversammlung Männer und Frauen getrennt abstimmen lassen. Der dortige „Generalanzeiger“ bringt das Wahlergebnis, das für die Verteilung der einzelnen Frauenstimmen auf die Parteien höchst interessant ist. Es ergab sich:

	Männer	Frauenstimmen
Demokraten	1031	950
Sozialdemokraten	2791	2383
Unabhängige	54	39
Deutschnationale	534	832
Zentrum	2323	6500

Schiedungen. In München ist eine Kleinkinderkennung mit Diebstahl im Wert von 10 Millionen an der Kriminalpolizei verurteilt worden. 20 Personen, darunter Offiziere, einer vom Kriegsministerium, Banditen und Kaufleute, wurden teils in Hotels teils in Privatwohnungen verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben.

Ein solcher Reichskönig. In voriger Woche wurde die Übertragung des Reichskönigs in Berlin angeschlossen von der Reichskanzlei um Feststellung eines Prozesses für den Reichskönig erachtet, der nach München fahren wolle. Gegen 3 Uhr nachts rückten dann auf dem Reichsbahnbahnhof ein Mann, der sich für den Reichskönig ausgab. Er wurde festgenommen, und nach der Bahnhofswache gebracht, wo man ihn als den aus München stammenden 50 Jahre alten Diplomingenieur Hermann Rehnagel aus Schwaben feststellte. Infolge seines eigenartigen Verhaltens ließ man ihn durch einen Kreisarzt untersuchen, der ihn für geisteskrank erklärt hatte. Rehnagel erklärte, seine Ueberführung nach der Reichskanzlei durch den Reichskönig zu verhindern.

Veränderung im Luftschiffwesen. Das Berliner Blatt „Militär berichtet, die Verträge zwischen dem amerikanischen Techniker Dr. Egerlonn und dem Reichskönig zu vermeiden, habe zu einem Erfolg durch Anwendung von Helium gas an Stelle von Wasserstoff geführt. Dieser war helium sehr selten. Man sollte aber im Zusammenhang behaupten, dass es nicht, sondern

dieses Was fehlt nur noch den 20000ten Teil des Preises vor dem Kriege kostete. Da Heilmittel völlig unerbittlich zu können jetzt die Motoren im Innern des Ballons eingebaut werden. Mit diesem Luftschiff sollte angeblich Berlin bombardiert werden, was durch die Unterzeichnung des Waffenstillstands verhindert worden sei.

20 Millionen für industrielle Forschung. Das englische Unterhaus hat kürzlich für die Zwecke der Abteilung für wissenschaftliche und industrielle Forschung 20 Millionen Mark bewilligt. Eine der Hauptaufgaben ist die Gründung von Forschungsvereinigungen zu diesem Zweck; auch Unternehmungen der englischen Industrie selbst sollen von der Abteilung freigebig unterstützt werden. Alle Ergebnisse der Forschungen, die von einer dieser Vereinigungen ausgeführt werden, sollen der Vereinigung selbst gehören, die sie zum Nutzen ihrer Mitglieder verwalten wird.

Ausstellung nationaler Kaffeetypen. Eine in zoobiologischer Beziehung bemerkenswerte Ausstellung wird in diesem Monat in Stockholm eröffnet werden. Es ist dies eine umfassende Sammlung von Pflanzbildern, die Kaffeetypen aus allen Klassen und Landesteilen Schwedens umfasst. Der Gedanke ist von einem Ausschuss ausgegangen, der alsbald in weitesten Kreisen der Bevölkerung rege Unterstützung fand. Anders Jörn, Sven Hedén und Werner von Heidenstam haben Geldbeiträge gestiftet.

Postverkehr mit unseren Gefangenen. An deutsche Gefangene in Belgien sind fortan auch gewöhnliche Postpakete bis zu 5 Kg. zugelassen. Sie sind gebührenfrei und müssen je von einer Postkarte und einer Zollinhalts-erklärung begleitet sein. Im übrigen gelten dieselben Befreiungsbedingungen wie für Gefangenepakete nach anderen Ländern. — Postanweisungen an deutsche Gefangene in England und in englischen Lagern auf französischem Boden müssen von den Absendern aus folgendes Licht an das niederländische Postamt in Haag gerichtet werden.

Kündigung der Schwerebeschädigten. Nach Verfügung des Reichsamts für Arbeitslosigkeit ist die Kündigung für Schwerebeschädigte vom 15. März bis zum 15. April verlängert worden. Vor diesem Zeitpunkt darf nicht gekündigt werden.

Steuerpflicht des sog. Leibgedingsweins. Nach einem Erlaß des Steuerkollegiums ist der auf Grund eines Leibgedingsvertrags von einem Weinbergsbesitzer an einen Leibgedingsberechtigten gelieferten Wein als steuerpflichtig zu behandeln. In zahlreichen Fällen werden jedoch die Leibgedingsberechtigten zum Vorschalt des Grundbesizers gehören und der Wein wird im Weg der Erbstiftung zum unmittelbaren Genuss gegeben oder geliefert. Wo dies zutrifft, ist der nicht in verschlossenen Flaschen abgegebene Wein steuerfrei.

Rohstoffversorgung des Handwerks. Nach einer Mitteilung des Reichsministers für wirtschaftliche Demobilisierung soll, soweit es die Knappheit an Rohstoffen aller Art erlaubt, bei ihrer Verteilung auf die Bedürfnisse des Handwerks und des Kleingewerbes größte Rücksicht genommen werden. Einzelne Rohstoffe und Betriebsmittel, z. B. Sparmetalle, Leim, Hartfasern, sowie Benzin für Urmacher, werden durch Organe des Handwerks selbst verteilt werden.

Erlösung von Zinsscheinen aus Kriegsanleihen. Die auf den 1. April d. J. fälligen Zinsscheine der Kriegsanleihen werden bei den Postanstalten bereits vom 21. März ab eingelöst. Auf der Rückseite der Zinsscheine muß der Name und Wohnort des Einlieferers angegeben sein.

Prägung von Reichsmünzen. Im Februar d. J. sind in den deutschen Münzwerkstätten an Silbermünzen 1741730 Fünfpfennigstücke, an Eisenmünzen 1293764 Fünfpfennigstücke und an Zinkmünzen 448621 Zehnpfennigstücke geprägt worden.

Keime der Kartoffeln. Solanin, das wie aus der giftigen Waldpflanze Nachtschatten kennen. Der größte Teil des Giftes befindet sich allerdings in den Keimen selbst, aber auch die „ausgewachsene“ Kartoffel enthält wesentlich mehr Solanin als diejenige ohne Keime. Da dieses Solanin in der Hauptache in den Schalen und nicht unter der Schale sitzt, so empfiehlt es sich, ausgewaschene oder gar bereits gechrumpfte Kartoffeln vor dem Kochen zu schälen; die Triebe dürfen keinesfalls mit Wasser kommen. Noch schädlicher als die Keime sind die bisweilen an ihnen wachsenden kleinen Kartoffelscheben, die sich namentlich in schlechten, feuchten Kellern bilden. Man muß diese stets wegwerfen und darf sie nicht etwa aus Sparamtsrückstücken in den Speisen verwenden.

Grabdenkmäler und Lurussteuerpflichtig.
Das Reichsfinanzamt hat entschieden, daß Grabdenkmäler, die von Künstlern geliefert werden, steuerfrei sind, daß aber Grabdenkmäler, die von Gewerbetreibenden geliefert werden und den Preis von 200 Mk. überschreiten, Lurussteuerpflichtig, d. h. mit 10 Prozent steuerpflichtig sind. Zu der Entscheidung wird vom Reichsfinanzamt ausgeführt: Da ein Werk der Plastik ein über das Nüchternmäßige hinausgehendes Gebilde voraussetzt, eine figürliche, ornamentale Ausgestaltung nicht erforderlich ist, obwohl wenig das Ergebnis einer besonders künstlerischen Betätigung, so fallen Grabdenkmäler aller Art unter die Steuer, also nicht nur Figuren, Statuen, Steine mit Reliefs, ornamentaler Verzierung, sondern auch Säulen, Urnen, Vasen, Oelvasen, Startopfen, Kränze (stehende wie liegende), Grabsteine, Grabplatten, Plakette, sog. Felten, Hügelsteine usw. Auf das Material (Stein, Kunststein, Eisen usw.) kommt es nicht an. Die Steuerpflicht umfaßt das ganze Werk, also nicht nur den Oberteil, sondern auch den Unteranteil, der in der Erde eingebettet wird. Dagegen ist die Grabeinfassung (Zierumfassung, Gitter) nur dann in die Steuerpflicht einzubeziehen, wenn sie mit dem eigentlichen Grabdenkmal ein zusammenhängendes Ganzes bildet. Ist der Lieferer des Grabdenkmals ein Künstler, so tritt Befreiung von jeder Steuer ein, es sei denn, daß zwischen dem Künstler und dem Abnehmer eine im eigenen Namen handelnde Mittelsperson (eine als Kommissionär tätig werdende Kunsthandlung) tritt. Die Lieferer von Grabdenkmälern der üblichen Art werden aber gemeinhin nicht als Künstler, also als Angehörige eines sog. freien Berufs, sondern, wie z. B. Steinmetzmeister, Mau- und Lutzgewerbetreibende oder auch in Werkstätten anzuwenden sein.

Stiftung. Der jüngst verlebte bekannte Sardinier Count Poggioh in Livorno hat sein ganzes Vermögen nach Belieben von 10 Millionen Mk., die seiner Witwe und den Kindern verbleiben, seiner Vaterstadt Livorno zu einer Hochschule zugewandt. Das Gesamtvermögen des Erblassers wird auf rund 50 Millionen veranschlagt. Dies ist eine der größten Stiftungen aller Zeiten.

Die Grippe in Indien. Der Staatssekretär für Indien teilt mit, daß im letzten Jahr in Indien 6 Millionen Menschen an der Grippe gestorben seien.

Württemberg.

Stuttgart, 17. März. (Ein neuer Unterstaatssekretär.) Die Staatsregierung hat dem Stellvertreter des Kriegsministers, Hauptmann Kraus, den Titel eines Unterstaatssekretärs verliehen. Unterstaatssekretär Kraus ist ein geborener Stuttgarter, ein Sohn des verst. Regierungsdirektors v. Kraus. Er gehörte als aktiver Offizier dem Grenadierregiment 119 an und war vor dem Krieg Adjutant beim Bezirkskommando Reutlingen.

Stuttgart, 17. März. (Württ. Obstbauverein.) Der Württ. Obstbauverein hielt gestern unter zahlreicher Beteiligung im Saal des Herzogs Christoph seine diesjährige Hauptversammlung ab, der vor mittags eine Vertrauensmännerversammlung vorausging. Aus dem vom Vorsitzenden, Dekonomierat Warth, erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein zurzeit 3862 aktive und 19271 passive Mitglieder zählt; 119 sind im Feld gefallen. Die aus dem Feld Zurückgekehrten werden vom Verein eine Ehrengabe erhalten. Die Obstbaupflege, die während des Kriegs etwas vernachlässigt wurde, wird von jetzt ab eine regere Fürsorge erfahren. Die Witwe des früheren Vereinsvorstands, Kommerzienrat Kohlhammer, hat zu der von ihrem verstorbenen Mann gestifteten Summe von 2000 Mark weitere 1000 hinzugefügt. Dekonomierat Warth konnte gestern sein 25jähriges Jubiläum als Auswahlsmitglied des Vereins begehren. Ein von Professor Dr. Fischer-Hohenheim erstatteter Vortrag über „Züchtung neuer Sorten im Obst- und Gartenbau“ fand lebhaftes Interesse.

Stuttgart, 17. März. (Einbruch.) In dem Möbel- und Aussteuergeschäft des Simon Schauer in der Pantinenstraße wurde heute nacht eine Menge Stoffe gestohlen.

Stuttgart, 17. März. (Einzug der Padres.) Die Niederlassung der Franziskaner in Wein-

garten und Rotenburg wird st. „D. Volksbl.“ diese Woche eröffnet. In Weingarten war am gestrigen Sonntag, in Regental ist am nächsten Mittwoch die Einführung der Padres. Der Aufzug der Redemptoristen auf dem Schönenberg verzögert sich.

Tübingen, 17. März. (Verkauf.) Der Gasthof zum „Kaiser“ ging um 120 000 Mk. von Witwe Hall an Gastwirt Seiz in Bopfingen, O.N. Leutkirch, über. — An der Universität Tübingen hat sich eine sozialistische Studierendengruppe gebildet.

Baihingen a. G., 17. März. (Besitzwechsel.) Das Anwesen des Bahnhofs (Döfninger) ging durch Kauf in den Besitz der Amtskörperschaft Baihingen a. G. über. Der Kaufpreis beträgt 84 000 Mk. In diesem Anwesen sollen die Kanzleien der Oberamtspflege und Oberamtsparafasse, sowie die Dienstwohnungen der Beamten untergebracht werden.

Hall, 17. März. (Entweichen.) Der wegen mehrjähriger Betrügereien in Untersuchungshaft befindliche 37 Jahre alte, frühere Notariatspraktikant Gotlob Häberle von Strümpfelbach, O.N. Badnang, ist am Samstag beim Rücktransport vom Verhör entkommen. Häberle wird sich zweifellos auf betrügerische Weise wieder Geld zu verschaffen suchen, weshalb vor ihm gewarnt wird.

Reigheim, 17. März. Eine vom Kirchengemeinderat veranstaltete Hausammlung zur Verkleinerung der Kirchenschuld ergab den schönen Betrag von 8000 Mk., darunter Beitragern von 2000, 800 und 500 Mk.; selbst die einfachsten Bürger spendeten 20—40 Mk.

Kalen, 17. März. (Todesfall.) Im 83. Lebensjahr ist gestern Georg Freyherr von Boellwarth-Lanterberg in Hohenroden gestorben. Seit 1870 war er ununterbrochen Mitglied des Württ. Landtags, zuerst als Vertreter der Ritterschaft in der zweiten Kammer, dann seit 1906 in der ersten Kammer. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft war er eine der ersten Autoritäten des Landes.

Kalen, 17. März. (Siedelungsverein.) Nach einem Vortrag des Rechtsanwalts Odbrum-Stuttgart und des Professors Wagner Stuttgart haben die bürgerlichen Kollegien die Gründung eines Siedelungsvereins beschlossen, an dem sich die Stadtgemeinde mit der Einlage von Bauland beteiligt.

Am 13. März fand in Wajteralzingen eine stark besuchte Versammlung statt, in welcher die Leiter des Schwäb. Siedelungsvereins, die Herren Odbrum und Wagner aus Stuttgart, über die Ziele der württ. Kriegerheimstättenbewegung und deren praktische Durchführung sprachen. 65 Zuhörer traten dem Württ. Landesverein für Kriegerheimstätten bei.

Ubersbach a. d. F., 17. März. (Heimstätten.) Dieser Tage wurde eine Genossenschaft m. b. H. zum Bau von Wohnhäusern gegründet. 48 Genossen mit 72 Weichheitsanteilen haben sich bereits in die Kasse eingetragen. Die Höhe eines Weichheitsanteils wurde auf 300 Mk. festgelegt. Die Anzahlung für ein Haus beträgt 15 Prozent.

Falklingen, 17. März. (Diebstahl.) Für mehrere tausend Mark Nährbuden und andere Waren haben sich Einbrecher in der Fabrik von Ager u. Lorch angeeignet. Ein Polizeihund nahm eine Spur zum „Löwen“ auf. Die Einbrecher sind noch nicht ermittelt.

Kottweil, 17. März. (Erwischt.) Einem in der Schweiz ansässigen Soldaten wurden von der Schutzkompanie am hiesigen Bahnhof 56 Pfund Fettseife abgenommen und beschlagnahmt. Die Seife wolle er nach Stuttgart bringen.

Eberndorf, 17. März. (Reiche Spende.) Aus Anlaß der Jubelur der Stadtpfarrers Dr. Ströbel wurden diesem von einem ungenannt bleibenden württembergischen Bürger 10 000 Mk. zu Gunsten des hiesigen katholischen Kirchenbauvereins übergeben.

Witterungsbericht.

Der Hochdruck nimmt rasch zu. Am Mittwoch und Donnerstag ist weitere Aufbesserung, aber immer noch ziemlich mäßige Temperatur zu erwarten.

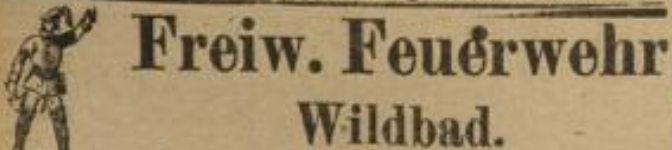
Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Willbad. Verantwortlich E. Reinhardt Haselb. l.

Kaffee-Erfaß.

Auf Lebensmittelmarkt Nr. 34 wird abgegeben:
250 gr. Kaffee-Erfaß
Liste-Schluf Mittwoch Abends 6 Uhr.
Städt. Lebensmittelamt Willbad.

Schweinefett.

Gegen Vorzeigung der Fleischkarten wird abgegeben:
25 gr. für Erwachsene
12 1/2 gr. für Kinder unter 6 Jahren.
Die Abgabe erfolgt auf dem Lebensmittelmarkt für die Nummern 1—300 Mittwoch Vormittag 8—12 Uhr.
301—600 Mittwoch Nachmittag 2—6 Uhr.
601—Schluß Donnerstag Vormittag 8—12 Uhr.
Kleingeld ist mitzubringen.
Städt. Lebensmittelamt.



Freiw. Feuerwehr Willbad.

Am Samstag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Hotel Naich die Jahrl.

General-Versammlung

statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig
Tagesordnung:
Rechenschaftsbericht — Neuwahlen — Verschiedenes.
Das Kommando.

Heute abend Beginn eines neuen

Tanz-Kurses

im Hotel Palmengarten.

Die Tanzleitung.

Fahrnis Versteigerung.

Am Donnerstag den 20. März von vormittag halb 10 Uhr an kommen im Schuhmacher Luyßchen Hause 4 vollständige Betten, Kästen, Komode, Tisch, Wasch- und Nachttische, Bettvorlagen, 1 Bodenteppich, Betteppiche, Spiegel, Waschgarituren, 1 Nähmaschine, Vorhänge, sowie eine Partie billige Kriegsstiefel und Schuhfett und Verschiedenes zum Verkauf.
Ev. Junglingsverein. Dienstag den 18. März abends 7 1/2 Uhr Spiel und Bibelstunde

Auf Winter Sportartikel

geben wir ab heute

10% Rabatt.

Chr. Schmid u. Sohn
König-Karl-Straße 68.

Evang. Kirchenchor

Heute abend 8 Uhr

Singstunde

Alle im Jahre

1899

Geborene werden hiermit zu der am Mittwoch, den 19. ds. Monats abends 7 1/2 Uhr im Gasthaus zur Silberburg stattfindenden Gesprächung höflich eingeladen.

Zahlreiches Erscheinen erwarten.
mehrere Kameraden.

Geldbeutel

mit größerem Inhalt vom Straubenberg bis Löwenbergstr. verloren gegangen.

Der ehrliche Finder wird gebeten, ihn gegen gute Belohnung in der Exped. ds. Bl. abzugeben. [259]

Eine große, gut eingerichtete Pension mit 30-40 Zimmer zu kaufen gesucht

Ausführliche Angebote erbeten unter Nr. 1877 an die Exped. ds. Bl.

Forstamt Willbad.

Nadelholz-Slangen-Verkauf

am Freitag, den 21. März 1919, vorm. 11 Uhr in Willbad im Jägerstübli, aus Staatswald Abt. 7, Forstmeistersgefäß:
123 A. I./III. A.
31 Hagst. I./III. A.

Alle Joseph und Josephinnen treffen sich morgen nachmittag in der Reunbachbrauerei.

Villen oder Landhäuser

möglichst mit Gärten, in der Preislage von 30—60 000 Mk in Willbad oder Umgebung sofort zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote bezügl. Größe etc. mit Preisfen erbeten unter Nr. 1876 an die Expedition ds. Blattes.